

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Rolf Linkohr MdEP fordert Konsequenzen aus Sellafield: Europäisches Parlament muß über alle Atomanlagen informiert werden.

Seite 1

Dr. Rose Götte MdB schildert die Folgen der Wende in der Bildungspolitik: Kinder von Eltern mit kleinem Einkommen haben keine Chancen.

Seite 3

Max von Heckel MdL und Hans-Werner Loew MdL werfen dem bayerischen Finanzminister vor, Beamte als CSU-Helfer zu mißbrauchen: Mit Steuerformularen kam Polit-Reklame ins Haus.

Seite 5

Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB beglückwünscht Martin Hirsch zum 75. Geburtstag: Ein streitbarer und mutiger Kämpfer für die Freiheit.

Seite 6

43. Jahrgang / 3

6. Januar 1988

Lehren aus Sellafield ziehen

Das Europäische Parlament muß über alle Atom-Anlagen informiert werden

Von Rolf Linkohr MdEP

In den vergangenen Jahren hatte sich das Europäische Parlament mehrfach mit Sellafield befaßt. Einmal wurde sogar die Schließung der Wiederaufarbeitungsfabrik verlangt. Das besondere Merkmal von Sellafield ist seine gemischt militärisch-zivile Funktion (englisch mixed-facility), das heißt, daß nach Auslegung von Kommission und Ministerrat auch ursprünglich der zivile Teil der Anlage nicht der Kontrolle durch die Gemeinschaft unterlag.

Auf Druck des Europäischen Parlaments hin kam es aber in den letzten Jahren zu einer Vereinbarung zwischen der Kommission und der Regierung des Vereinigten Königreichs, wonach der zivile Teil von Sellafield den Regeln des EURATOM-Vertrags unterworfen werden soll. Allerdings weigern sich Kommission und britische Regierung unter Berufung auf ihre Auslegung des EURATOM-Vertrags, dem Parlament - oder einem zur Verschwiegenheit verpflichteten Sonderausschuß - Einsicht in die Unterlagen zu erlauben.

Da es weitere 18 gemischte Anlagen in der EG gibt, von denen uns weder Bestimmung noch Ort bekannt ist, deren ziviler Teil also keiner EURATOM-Kontrolle unterliegt, hat der dafür zuständige Energie- und Forschungsausschuß des Europäischen Parlaments immer wieder Aktensicht gefordert. Berichterstatter ist der britische Sozialist Llewellyn Smith aus Wales.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.



Die jüngste Veröffentlichung über den nun dreißig Jahre zurückliegenden Atomunfall im damaligen Windscale, nach Aussagen der Presse der größte nach Tschernobyl, also der bislang schlimmste auf dem Territorium der heutigen Europäischen Gemeinschaft sollte deshalb zum Anlaß für die folgenden Maßnahmen genommen werden:

- Wir erwarten von dem bundesdeutschen Minister für Reaktorsicherheit, Klaus Töpfer, der im zuständigen EG-Fachministerrat in den nächsten sechs Monaten den Vorsitz innehat, daß er unsere Forderungen in seinem Kompetenzbereich unterstützt.
- Die Kommission muß die ihr bekannten Tatsachen über alle sog. gemischt militärisch-zivile Atomanlagen auf den Tisch legen.
- Das veröffentlichte Geheimdokument muß vom Europäischen Parlament auf mögliche Gesetzeschritte hin geprüft werden.
- Alle Atomanlagen in der Gemeinschaft, auch die militärisch genutzten, müssen so hoch versichert werden, daß sie alle erdenklichen Schaden abdecken können. Die Versicherungssumme muß mindestens zehn Milliarden ECU betragen.
- Im Europäischen Parlament sollte ein Geheimausschuß errichtet werden, dem alle Fälle zur Information und Beurteilung vorgelegt werden müssen, die in der Grauzone zwischen der zivilen und militärischen Nutzung der Atomenergie angesiedelt sind.
- Das Europäische Parlament sollte möglichst bald mit der schon früher angekündigten Reform des EURATOM-Vertrags beginnen.

Unser Ziel bleibt der Ausstieg aus der Atomenergie. So lange die politischen Mehrheiten dies nicht zulassen, dürfen die Befürworter und Betreiber dieser Energieart sich jedoch nicht um die zwingend gebotenen Höchststandards in der Sicherheit und parlamentarischen Kontrolle entziehen.

(-/6.1.1988/rs/va/ks)

* * *

Bildungschancen hängen vom Geld ab

Die Wende-Politik stellt Kinder von Eltern mit kleinem Einkommen ins Abseits

Von Dr. Rose Götte MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Wer am dringendsten Hilfe braucht, das sind die Familien mit Kindern in der Ausbildung. In diesem Satz sind sich Regierungsparteien und Opposition in Bonn einig, nur meinen sie nicht die selben Familien.

Die Bundesregierung hatte vor kurzem ausgemacht, daß die Gruppe der Familien mit mittlerem Einkommen, die keinen Anspruch auf Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) mehr haben und deshalb die vollen Kosten für ihre studierenden Kinder tragen müssen, besonders arm dran seien und ließ Vorschläge erarbeiten, wie diesen Familien von Seiten des Staates geholfen werden könne.

Gänzlich „vergessen“ worden waren in dieser Untersuchung Familien mit kleinem Einkommen, die ebenfalls Kinder in der Ausbildung haben, für die sie allein aufkommen müssen. Nach der Wende wurden ja bekanntlich BAFöG-Leistungen für Schüler, die zuhause wohnen, gestrichen, so daß seitdem Schüler in der Oberstufe des Gymnasiums oder Berufsfachschüler gezwungen sind, ihren Eltern auf der Tasche zu liegen.

Erst nach wiederholter Aufforderung durch die SPD war die Bundesregierung bereit, die vorgelegten Zahlen über Einkommensvergleiche von Familien zu ergänzen und darzulegen, welche Summen einer Familie mit Kindern in der Ausbildung zur Verfügung stehen, wenn vom monatlichen Einkommen Steuern und Sozialabgaben abgezogen werden und staatliche Leistungen wie Kindergeld, Kinderfreibetrag und ähnliches hinzugerechnet werden.

Das Ergebnis war so niederschmetternd, daß das Ministerium gar nicht wagte, von diesem verbleibenden Einkommen DM 525,- für jeden Jugendlichen, der von den Eltern unterhalten werden muß, als monatlichen Bedarfssatz abzuziehen, wie das die Bundesregierung bei allen anderen Berechnungen gemacht hatte.



Nach Abzug dieser 525 DM für einen Jugendlichen in der Ausbildung bleiben nämlich den Eltern monatlich noch folgende Beträge für ihren Lebensunterhalt:

Bruttolohn	Verbleibendes Elterneinkommen bei			
	einem Schüler	zwei Schülern	drei Schülern	vier Schülern
1.000	394	14	0	0
1.600	877	498	216	0
2.000	1.140	759	478	238
3.000	1.780	1.409	1.132	893
4.200	1.793	2.133	1.856	1.625

(Quelle: Bericht der Bundesregierung zur Ausbildungsfinanzierung in Familien mit mittlerem Einkommen, Bundestags-Drucksache 11/610, und ergänzende Berechnungen im Schreiben des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft an Dr. Rose Götte)

Damit wird deutlich:

Die Frage, ob ein Jugendlicher aus einer Familie mit niedrigem Einkommen Abitur machen kann, stellt sich gar nicht mehr. Es ist schlicht unmöglich. Aber auch alle Berufswege, die den Besuch einer Fachschule voraussetzen wie Kindergärtnerin, Altenpfleger, Sozialarbeiter, sind für Jugendliche aus diesen Familien versperrt, falls eine Schule in zumutbarer Entfernung vorhanden ist und somit kein Anspruch auf BAFöG-Mittel besteht. Das gilt erst recht für solche Berufe, bei denen auch noch Schulgeld bezahlt werden muß, wie zum Beispiel Krankengymnast.

Es wird höchste Zeit, daß die Öffentlichkeit zur Kenntnis nimmt, daß die Frage, was und wie lange ein Jugendlicher lernt, wieder vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Kinder von Arbeitslosen, von Sozialhilfeempfängern, von Alleinerziehenden und Bezüglern niedriger Einkommen sind in dieser Bundesrepublik Schüler zweiter Klasse.

Ich werde alles daransetzen, um dieses Thema im Deutschen Bundestag und dem zuständigen Ausschuß so lange zur Sprache zu bringen, bis dieser Zustand geändert wird. (-/6.1.1988/vc-he/rs)

* * *



Bayern mißbraucht Finanzbeamte als CSU-Helfer**Mit Steuerformularen wird Polit-Reklame an Bürger verschickt**

Von Max von Heckel MdL und Hans-Werner Loew MdL
Finanzexperten der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Der bayerische Finanzminister Max Streibl mißbraucht die Finanzbeamten des Freistaats zu ungewollten CSU-Helfern. Denn die bayerische Steuerverwaltung verschickte die Formulare für die Einkommenssteuererklärung 1987 zusammen mit einem Schreiben samt Konterfei des „Dr.h.c. Max Streibl, Bayer. Staatsminister der Finanzen“ an die „lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger“. In diesem Brief stellt Streibl die drei Schritte zur angeblich „größten Steuerreform aller Zeiten“ in völlig einseitiger CSU-Sicht dar. Die Minister-Wertungen wie „die Steuerreform 1986/1988 und 1990 ist familienfreundlich“ werden von ernstzunehmenden Fachleuten aus dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik sowie der Sozialpolitik keineswegs geteilt. Höchst umstrittene Auswirkungen der Kompensationsmaßnahmen wie die Beseitigung der Arbeitnehmer- und Weihnachttsfreibeträge, die Besteuerung der Nacht- und Feiertagsarbeit sowie die Abschaffung des Kantinenfreibetrags verschweigt der CSU-Minister.

Wir haben daher folgenden Parlamentsantrag gestellt: „Der Landtag mißbilligt, daß der Bayerische Staatsminister der Finanzen die Vordrucke für die Einkommenssteuererklärung 1987, die die Finanzverwaltung an alle Einkommenssteuerpflichtigen in Bayern verschickt, zu einseitigen parteipolitischen ‚Informationen‘ über die höchst umstrittenen Steuerbeschlüsse der Bonner Regierungskoalition und zu persönlicher Werbung mißbraucht.“

Die CSU-gefärbten Betrachtungen der Steuerreform im Zusammenhang mit Tips für das Ausfüllen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs 1987 aus dem Hause des bayerischen Finanzministeriums müssen gestoppt werden. Denn der Einsatz des staatlichen Beamtenapparates zu einseitiger parteipolitischer Information über die höchst zweifelhafte Steuerreform stellt einen besonders krassen Fall der Vermischung von CSU-Parteiolitik und dem staatlichen Interesse der Einziehung von Steuern dar. Finanzminister Streibl läßt jedes Gefühl für die notwendige Trennung von Regierungspartei und Staatsapparat missen.

Werden demnächst Innenminister Lang und Sozialminister Hillermeier - es gibt von ihnen sicherlich ebenso gute Fotos wie das von Streibl - ihre Konterfeis ebenfalls in Informationsschriften an die „lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger“ einducken lassen? Dann beispielsweise, wenn der Innenminister die Führerscheine aushändigt und dabei für den CSU-Slogan „Freie Fahrt für freie Bürger“ wirbt oder der Sozialminister die Rentenbescheide mit der Bemerkung zusendet, daß die „Renten seit der Wende sicher“ seien? Eine Liste von Beispielen aus anderen CSU-Ministerien ließe sich beliebig fortsetzen.

Die „freundlichen“ CSU-Steuerreform-Grüße von Finanzminister Streibl sind außerdem unter dem Gesichtspunkt des Datenschutzes bedenklich. Es werden nämlich staatliche Daten für die obendrein noch kostenlose Zusendung parteipolitischer Darstellungen an die Steuerbürger mißbraucht.

(-/6.1.1988/vo-he/rs)



Ein streitbarer und mutiger Kämpfer für die Freiheit

Martin Hirsch zum 75. Geburtstag

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied des SPD-Präsidiums

Am 6. Januar 1988 wird Martin Hirsch 75 Jahre alt. Anlaß genug, das Leben und das Lebenswerk eines Mannes zu würdigen, der zu den herausragenden sozialdemokratischen Rechtspolitikern zählt.

Aus seiner politischen Biographie seien nur einige Stationen hervorgehoben: Mit 14 Jahren war er Mitbegründer des Sozialistischen Schülerbundes, als Student bis zur nationalsozialistischen Macht-ergreifung Mitglied des sozialistischen Studentenbundes. 1945 trat er in die bayerische SPD ein und nahm vielfältige Funktionen innerhalb der Partei vom Ortsvereinsvorsitzenden bis hin zum Mitglied des Parteilvorstandes in den Jahren 1968 bis 1970 und zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen von 1980 bis 1986 wahr.

Als Parlamentarier war Martin Hirsch ab 1954 Mitglied des Bayerischen Landtages, von 1961 bis 1971 Mitglied des Deutschen Bundestages. In der SPD-Bundestagsfraktion wurde er Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen und von 1966 bis 1971 stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Seine Wahl zum Bundesverfassungsrichter am 9. Dezember 1971 begründete den beruflichen Abschnitt, der einen zweiten Höhepunkt seiner juristischen Laufbahn bilden sollte. Zehn Jahre war er Mitglied des Zweiten Senats, dessen Schwerpunkt unter anderem bei den Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern, zwischen Bundesorganen und über die Verfassungswidrigkeit von Parteien liegt.

Hinter diesen nüchternen Zahlen und Fakten aber steht mehr; sie sind lediglich Orientierungsdaten für das Lebenswerk des Vollblutpolitikers, der Martin Hirsch bis heute geblieben ist.

Er engagierte sich stark, um die Notstandsgesetzgebung rechtsstaatlich zu gestalten. Während dieser Zeit lernte ich ihn als fairen Diskussionspartner auch in heftigen Auseinandersetzungen kennen. Später setzte er sich mit ganzer Kraft für die Reform des Strafrechts und der Strafprozeßordnung ein. Es soll aber auch nicht vergessen werden, daß er als Vorsitzender des Wiedergutmachungsausschusses am Ende der Ära Adenauer, teilweise gegen den Widerstand der Bundesregierung, wesentliche gesetzliche Verbesserungen bei der Wiedergutmachung für nationalsozialistisches Unrecht erreicht hat. In dieser Frage engagiert er sich bis heute.

Seine Tätigkeit im Bundesverfassungsgericht war geprägt von den Leitgedanken der Freiheit, der Demokratie und der Gerechtigkeit gegenüber dem Einzelnen. Mehrfach ist er deshalb als Verfasser einer von der Mehrheit seiner Senatskollegen abweichenden Meinung hervorgetreten.

So ist Martin Hirsch bis heute ein streitbarer und mutiger Kämpfer für die Freiheit geblieben. Ein überzeugter Republikaner und engagierter Sozialdemokrat. Seine Glaubwürdigkeit, Offenheit und Menschlichkeit machen ihn - auch bei den Jüngeren - nach wie vor zu einem begehrten Gesprächspartner.

Wir wünschen ihm weiterhin alles Gute und vor allem gute Gesundheit.

(-/6.1.1988/rs/ks)

* * *

